



Transformation braucht Gestaltung und Mitbestimmung!

Der Umstieg auf Elektromobilität, die fortschreitende Digitalisierung und die Neuordnung von Konzernstrukturen der großen Automobilhersteller sorgen für grundlegende Veränderungen in der Branche. Sie führen zu teilweise drastischen Produktionsrückgängen und in Verbindung mit der Eintrübung der Konjunkturaussichten zu einer unwägbaren Entwicklung für das Verarbeitende Gewerbe (nicht nur) in Sachsen.

Noch ist ein Zeitfenster für entschlossene Steuerung offen, noch lässt die Ausgangslage Zukunftsgestaltung zu: Unbestritten gehört das sächsische Automobilcluster zu den führenden Automobilregionen Deutschlands und ist seit Jahren umsatzstärkste Branche in Sachsen. Fünf Fahrzeug- und Motorenwerke von Volkswagen, BMW und Porsche, rund 780 Zulieferer, Ausrüster und Dienstleister mit insgesamt rund 95.000 Beschäftigten – davon etwa 80 Prozent in der Zulieferindustrie – fertigen, liefern und entwickeln im Verbund mit Universitäten und Forschungseinrichtungen Fahrzeuge auf Weltniveau.

Mit Entscheidungen für den vollständigen Umbau des Fahrzeugwerks von VW Mosel zu einem führenden E-Standort oder Investitionen bei BMW und Porsche in Leipzig oder der Ansiedlung der Daimlertochter Deutsche Accumotive in Ostsachsen haben die Hersteller deutliche Zeichen gesetzt. Innovationskraft entsteht für die Autobranche zudem durch die enge Vernetzung mit dem Maschinenbau. Der Maschinenbau ist in Sachsen konzentriert und realisiert mit etwa 360 Betrieben und rund 39.500 Beschäftigten ein rundes Fünftel der Industrieproduktion in Ostdeutschland. Damit zählt der Maschinenbau zu den wichtigsten sächsischen Industriebranchen und weist eine Exportquote von deutlich über 50 Prozent auf.

Die Maschinenbauunternehmen verfügen über hohe Innovationskraft, ausgeprägte Kompetenzen in Fertigungs-, Automatisierungs- und Verfahrenstechnik und sind wichtige Partner für praktisch alle anderen Industriebereiche. Die Stabilisierung und Förderung des Maschinenbaus ist und bleibt industrie- und beschäftigungspolitisch von größter Bedeutung. Eine schleichende Erosion hätte hingegen katastrophale Folgen.

Chemnitz – die Wiege des deutschen Maschinenbaus – ist heute geprägt durch hochinnovative Unternehmen, einen gesunden Branchenmix und das erfolgreiche VW-Motorenwerk. Aber gerade hier wird deutlich, wie schnell und weitreichend gewachsene industrielle Strukturen sich verändern und aus den Fugen geraten können. Personalabbau u.a. bei KOKI Technik Transmission, SODECIA Powertrain, die angedrohte Schließung von Continental - heute Vitesco Technologies - in Limbach-Oberfrohna oder die Schließung der UNION Werkzeugmaschinen GmbH und fischer hydroforming treffen die Chemnitzer Region. Weitere Ankündigungen von Personalabbau und Betriebsschließungen stehen im Raum. Rund um die E-Mobilität in den Kompetenzregionen sind rund 1.400 Arbeitsplätze unmittelbar und perspektivisch weitere 2.000 bedroht. Die industrielle Substanz droht zu erodieren.



Chemnitzer Erklärung - 14. November 2019

Ob jetzt Chancen der Transformation genutzt werden oder ihre Risiken voll durchschlagen, ob jetzt Gestaltung von Transformation gelingt oder eine Erosion industrieller Kernstrukturen zugelassen wird, ob jetzt Beschäftigte mitgenommen, qualifiziert oder entlassen und abgehängt werden, ob Vertrauen in demokratische Prozesse gestärkt oder reaktionäre/ rechtspopulistische Kräfte sich demagogisch als ‚Alternative‘ profilieren können: Darüber entscheiden in den kommenden Wochen und Monaten alle verantwortlichen Akteure. Jetzt müssen sie ihre Hausaufgaben machen und Verantwortung für ihre gesellschaftliche Rolle übernehmen.

Wenn das Sächsische Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr (SMWA) auf Grundlage der aktuell veröffentlichten Studie „Transformationsprozess in der sächsischen Automobilzulieferindustrie aufgrund der Umstellung auf die Produktion von Elektrofahrzeugen“ für Sachsen zum Schluss kommt, dass die *„...durch die Automobilhersteller eingeleitete Trendwende zur Elektromobilität (...) auch in der Zulieferindustrie in Sachsen in naher Zukunft deutliche Spuren hinterlassen (wird), insbesondere in der Beschäftigtenentwicklung...“*, kann uns die Folgerung, dass die Chancen die Risiken in Summe tendenziell überwiegen werden, nicht beruhigen: Zum einen mahnen die Autoren die nötige Schaffung erforderlicher Rahmenbedingungen an, zum anderen können statistisch ermittelte Prognosen, Durchschnittswerte und Trends vieles deutlich machen - aber konkretes politisches Handeln ersetzen sie nicht!

Während Orientierung und Entscheidungen von Einzelunternehmen in Phasen struktureller Veränderungen unmittelbar betriebswirtschaftlich getrieben sind und bewährte Instrumente der Beschäftigungssicherung – wie der überfällige Einstieg in die Arbeitszeitverkürzung auf 35 Stunden pro Woche – aktuell von sächsischen Unternehmensvertretern verantwortungslos blockiert werden, müssen Politik, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände konsequent ihre gesellschaftspolitische Verantwortung wahrnehmen und steuernd, fördernd und gegebenenfalls sichernd oder abwehrend eingreifen.

Es braucht einen Kulturwandel in Sachsen: Mitbestimmung ausbauen!

Mitbestimmung in Betrieben und Tarifautonomie sind die Grundpfeiler unserer Demokratie und Gesellschaft. Nur 33 Prozent der sächsischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben einen Betriebsrat oder Personalrat gewählt, der ihre Rechte vertritt. **Damit ist Sachsen bei der Mitbestimmung Schlusslicht in Deutschland.** Betriebsräte sind für die Entwicklung betrieblicher Innovationen und in der Ausbildung und Qualifizierung von Beschäftigten eine enorme Bereicherung. Sie schützen Beschäftigte und setzen sich für diese ein. Spätestens in der Wirtschafts- und Finanzkrise ist deutlich geworden, dass Betriebs- und Personalräte ein echter Standortvorteil für unsere Wirtschaft sind. Wir brauchen Zukunftsvereinbarungen zu Standorten und Qualifikation auch auf betrieblicher Ebene – nur so können die Betriebe zukunftssicher gemacht werden.



Mit einer Möglichkeit der Kurzarbeit bei strukturellen Umbrüchen könnte diese Phase stärker und gezielter für die Qualifikation der Beschäftigten genutzt werden. Dazu bedarf es einer Erweiterung des Qualifizierungschancengesetzes mit einem kollektiven Ansatz.

Wir setzen uns für eine Bundesratsinitiative zur Novellierung des Betriebsverfassungs-/ Personalvertretungsrechtes ein, in dem Betriebsrats-/Personalratsgründungen erleichtert werden und die Be- und Verhinderung von betrieblichen Mitbestimmungsgremien ein Straftatbestand wird. Außerdem sollen Betriebs- und Personalräte insbesondere beim Einsatz von Leiharbeit und Werkverträgen stärker mitbestimmen dürfen. Wir wollen die Rechte der Beschäftigten bei Betriebsübergängen sowie Unternehmensfusionen und -aufspaltungen verbessern. In Sachsen wird eine Schwerpunktstaatsanwaltschaft zur Verfolgung von Union-Busting eingerichtet, zur Verfolgung gezielter Behinderung und Bekämpfung von Betriebsräten und Gewerkschaften. Zudem fordern wir eine Verbesserung der Gewährung der Persönlichkeitsrechte und des Datenschutzes von Beschäftigten. Insbesondere der Landesdatenschutzbeauftragte muss für dieses Thema sensibilisiert werden (Beispiel: MA Automotive Deutschland, Warnstreik 2016).

Tarifbindung wirksam erhöhen!

Um die Tarifbindung in der sächsischen Wirtschaft zu stärken, haben wir bereits in der Investitionsförderung einen Bonus für tarifgebundene oder tarifvergleichbar zahlende Unternehmen eingeführt. Diesen Weg werden wir weitergehen. Wir werden aber auch durch gesetzliche Initiativen auf eine höhere Tarifbindung hinwirken.

Die nächste Landesregierung muss eine Verbesserung der Investitionsförderrichtlinien am Beispiel der Investitionsförderung des Landes Mecklenburg-Vorpommern einführen, auch bei der Errichtung und Erweiterung von Betriebsstätten. Neben den Kriterien Tarifbindung/ tarifgleiche Entlohnung und Leiharbeitsquote, Standort- und Beschäftigungssicherung muss es für die Unternehmen verpflichtend werden, einen Teil der Betriebsausgaben für Qualifizierung, Forschung und Entwicklung am Standort zu verwenden. Neue Instrumente der Finanzierung wie das der Transformationsgesellschaft (Best Owners Group) oder Dachfonds für Zulieferer (dänisches Modell) sollten geprüft und erprobt werden.

Wir fordern eine deutliche Reduzierung der Leiharbeit. Die Existenz von Mitbestimmungsstrukturen muss eine Bedingung für einen Bonus durch die Landesförderung werden. Die Einhaltung dieser Bedingungen sollten zukünftig einer strengerer Kontrolle unterliegen, bewertet und regelmäßig ausgewertet werden. Um die Tarifbindung in Sachsen zu stärken, setzen wir uns für eine gesetzliche Offenlegungspflicht für Arbeitgeber bezüglich einer Mitgliedschaft in einem Arbeitgeberverband (mit oder ohne Tarifbindung) ein.

Mit einer Kampagne zur Förderung von Tarifbindung und Mitbestimmung wollen wir gemeinsam mit den Sozialpartnern für bessere Arbeitsbedingungen auf der Grundlage von Tarifverträgen und dem Betriebsverfassungsgesetz bzw. dem Personalvertretungsgesetz werben. Diese Kampagne soll aus der landesweiten Fachkräfteallianz heraus entstehen. Sie soll die Vorteile von Tarifverträgen und Mitbestimmungsstrukturen hervorheben und Beschäftigte und Unternehmer ermutigen.



Chemnitzer Erklärung - 14. November 2019

Mit der Einführung eines jährlichen Gewerkschaftstages an Berufsschulen wollen wir Auszubildende zu Beginn ihres Berufslebens über die gesellschaftlich wichtigen Aufgaben und Funktionen von Gewerkschaften informieren, über Beteiligungsmöglichkeiten und betriebliche Mitbestimmung aufklären. Denn nur politisch und staatsbürgerlich gebildete Beschäftigte werden in der Lage sein, ihre Mitbestimmungsrechte wahrzunehmen und sich für Gute Arbeit in ihren Betrieben einzusetzen.

Weder blinder Aktionismus noch Vertrauen in vermeintliche Selbstheilungskräfte des Marktes sind tauglich – jetzt kommt es auf **konkrete Maßnahmen und politische Entscheidungen** an, um Transformation zu gestalten:

- In einem ersten Schritt muss die Finanzierung der regionalen Strukturpolitik über ein gesamtdeutsches Fördersystem als Nachfolge des Solidarpakts II dauerhaft gesichert werden (Bundesratsinitiative). Ebenso einbezogen werden können die bestehenden Strukturhilfen des Bundes. Darüber hinaus sollten zusätzliche Regionalfonds für die Regionen aufgelegt werden.
- Die Regionen, die besonders von den Folgen der Transformation betroffen sind, müssen finanziell unterstützt werden. Das sind neben dem Maschinenbauzentrum Chemnitz die Automobilregionen Südwestsachsen und Leipzig. Die zentralen bestehenden Fördertöpfe der klassischen Wirtschaftsförderung reichen für die bevorstehende Transformation nicht aus. So erhielt Deutschland zwischen 2014 und 2018 über den Europäischen Strukturfonds fast 29 Milliarden Euro, über die Hightech-Strategie wurden 2018 rund 14 Milliarden Euro für Forschung, Technologie und Innovation bereitgestellt. Im selben Zeitraum wurden über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) 3,6 Milliarden Euro verteilt. Allein für die beiden Kohleregionen Rheinisches Revier und Lausitz werden bis zum Jahr 2040 Finanzmittel in Höhe von 40 Milliarden Euro bereitgestellt. Die Maschinenbau- und Automobilbauindustrie in Sachsen sind deutlich beschäftigungsintensiver und erhält für den bevorstehenden Strukturwandel keine adäquate Förderung. Die vom SMWA beauftragte Gemeinschaftsstudie „Transformationsprozess in der sächsischen Automobilzulieferindustrie aufgrund der Umstellung auf die Produktion von Elektrofahrzeugen“ macht die drohenden Auswirkungen des Strukturwandels deutlich.
- Neue Ansätze der Strukturpolitik sind notwendig wie regionale Stakeholder-Allianzen und Transformationspläne oder die Evaluation und Nachsteuerung in Pilotregionen durch die Nationale Plattform Zukunft der Mobilität (NPM) und AG4 (Sicherung des Mobilitäts- und Produktionsstandortes, Batteriezellproduktion, Rohstoffe und Recycling, Bildung und Qualifizierung).
- Steuerungsinstrumente in der Transformation zur Förderung der E-Mobilität wie der forcierte Ausbau der Ladeinfrastruktur, die deutliche Erhöhung der Kaufprämie oder wirksame Formen der Technologieförderung sollten konsequent angewendet und ausgebaut werden.
-



Chemnitzer Erklärung - 14. November 2019

- Die Umstellung kommunaler Fuhrparke, wo möglich auf Elektromobilität, muss neben dem Aufbau der Ladeinfrastruktur im Freistaat Sachsen rasch vorangetrieben werden.

Weitere Kernforderungen sind:

- Wochenaktuelles Monitoring (Chancen-Risiken-Analyse, Akutfälle erkennen usw.) für die Branchen Automobil und Maschinenbau (in Sachsen) durch das SMWA und Einrichtung schneller, flexibler Kommunikation zur tagesaktuellen Information an alle relevanten Akteure.
- Unterstützung der betroffenen Unternehmen, deren Belegschaften und ihren Interessensvertretungen durch die Bundesagentur für Arbeit, bei der Beantragung und Umsetzung von durch das Qualifizierungschancengesetz geförderten Weiterbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen.
- Umgehende Einrichtung einer sächsischen Landes-Koordinierungsstelle Transformation (vgl. Thüringen) zur Initiierung von Sofortmaßnahmen, Beratung und Koordinierung erforderlicher Maßnahmen für Unternehmen in der Krise, im Zuge von Konzernentscheidungen usw. sowie Initiative für eine Bundes-Koordinierungsstelle „Transformation Automobilbranche“ unter Einbeziehung der Sozialpartner zur Gewährleistung nötiger Abstimmungen zwischen Ländern und Regionen zu Beschäftigungs- und Standortsicherungsmaßnahmen (Zukunftsverträge), Kompetenzförderung, Mittelvergaben usw. zur Vermeidung eines gegenseitigen Unterbietungswettbewerbs, von Mittelverschwendung und Doppelstrukturen.
- Einrichtung und Finanzierung eines sächsischen „Transformationsfonds“. Bereitstellung von Ressourcen, Fördermitteln und Risikokapital zu Erhalt und Ausbau der vitalen Branchenstruktur. Einrichtung eines paritätisch besetzten Vorstands, paritätische Festlegung der Vergabekriterien usw.
- Einrichtung eines Runden Tisches Maschinenbau Sachsen unter Beteiligung des Arbeits- und Wirtschaftsministeriums, Vertretern der Tarifparteien und der sächsischen Wirtschaftsförderung. Mitgestaltung einer aktiven Industriepolitik unter Einbezug von Mitbestimmungsträgern zur Bewältigung von Strukturumbrüchen.
- Ernsthafte und umgehende Verhandlungen der Tarifvertragsparteien zu weiterer Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich zugunsten der nachhaltigen Sicherung von Beschäftigung
- Politische Flankierung, Förderung tarifgebundener und tariftreuer Unternehmen (Vergabe- und Fördermittelpraxis) sowie Steigerung der Standortattraktivität zur perspektivischen Gewinnung und Haltung von Fachkräften
- Unterstützung der Forderung nach Einrichtung eines Transformationskurzarbeitergeldes durch den Bund (Bundesratsinitiative)



Chemnitzer Erklärung - 14. November 2019

- Förderung und Finanzierung spezifischer Qualifizierungs- und Beratungsangebote für Betriebsräte, um die Arbeitnehmervertretungen für komplexer werdende Anforderungen zur Gestaltung von Transformation handlungsfähiger zu machen.
- Veränderung der Investitionsförderung, insbesondere im Bereich Innovationsförderung, mit dem Ziel, dass frühere Insolvenzen von Unternehmen nicht dazu führen, dass sie generell von Förderungen ausgeschlossen werden.
- Einführung eines wirksamen Bildungsfreistellungsgesetzes als wesentliche Grundlage für einen erfolgreichen und beschäftigungssichernden Transformationsprozess in Sachsen. Auf der Grundlage einer Betriebsrätebefragung zum Stand der Transformation („Transformationsatlas der IG Metall“) gaben 95 Prozent der Betriebsräte an, dass es einen signifikanten Anstieg des Qualifikationsbedarfs in ihrem Betrieb geben wird). Die regionalen Fachkräfteallianzen haben sich hier nur bedingt bewährt. Sie dienen vor allem den Landkreisen und Wirtschaftsförderungen zur Platzierung regionaler Image-Kampagnen und werden zu wenig in sozialpartnerschaftlichen Projekten oder praxisnahen betrieblichen Prozessen genutzt.
- Stärkere Beteiligung von Personal-/Betriebsräten und Belegschaften bei der Umsetzung von Digitalisierung und Elektromobilität in der sächsischen Wirtschaft. Die zwischen 1994 und 2005 durchgeführten Projekte „Arbeit und Technik in Sachsen“ und „Stiftung Innovation und Arbeit“ sind dafür eine gute Grundlage. Dafür braucht es die institutionelle Förderung von Beratungsinstituten durch den Freistaat Sachsen, um Betriebsräte und Unternehmen dauerhaft und kompetent bei der Bewältigung der anstehenden Herausforderungen zu unterstützen.
- Entbürokratisierung und Vereinfachung der bestehenden Regelungen zur Messförderung mit dem Ziel, „Made in Sachsen“ bekannter zu machen. Aktuell kann nur auf der Basis einer Liste von bestimmten Messen diese Förderung in Anspruch genommen werden. Dies muss insbesondere bei der Branchenvielfalt der sächsischen Wirtschaft erweitert und vereinfacht werden, zum Beispiel durch vereinfachte Nachweisverfahren.
- Unternehmensnahe Ausbildung von Hochqualifizierten durch die sächsischen Berufsakademien, Fachhochschulen und Universitäten im ländlichen Raum.
- Weiterentwicklung des Sozialpartnerdialogs des SMWA. Es braucht landesweit und in den Regionen einen funktionierenden und nachhaltigen Austausch zwischen den Arbeitgeberverbänden, den Gewerkschaften und der Politik.

IG Metall Chemnitz

IG Metall Leipzig

IG Metall Zwickau

IG Metall Dresden/ Riesa

IG Metall Ostsachsen